

**Öffentliche Sitzung**  
des Bau- und Umweltausschusses/Betriebsausschusses für Stadtentwässerung  
am Mittwoch, den 17.11.2021  
im Leutze-Saal des Congress-Centrums Stadtgarten

Beginn: 16:02 Uhr

Ende: 20:10 Uhr

**Anwesend:**

**Vorsitzender**

Herr Oberbürgermeister Richard Arnold

**stellv. Vorsitzender**

Herr Bürgermeister Julius Mihm

**CDU**

Herr Stadtrat Martin Bläse

Herr Stadtrat Thomas Kaiser

Herr Stadtrat Christof Preiß

Frau Stadträtin Dr. Birgit Stahl

Frau Stadträtin Brigitte Weiß

Herr Stadtrat Georg Zimmermann

**Bündnis 90/Die Grünen**

Frau Stadträtin Barbara Bijok

Herr Stadtrat Karl Miller

Herr Stadtrat Karl-Andreas Tickert

**SPD**

Herr Stadtrat Tim-Luka Schwab

Herr Stadtrat Johannes Zengerle

**Die Linke**

Herr Stadtrat Dr. Andreas Benk

**Freie Wähler Frauen Schwäbisch Gmünd**

Frau Stadträtin Dr. Constance Schwarzkopf-  
Streit

**Die Bürgerliste Schwäbisch Gmünd**

Herr Stadtrat Ullrich Lothar Dombrowski                      ab 16:23 Uhr.

**FDP/FW**

Herr Stadtrat Ludwig Majohr

**Ortsvorsteher**

Herr Ortsvorsteher Gerd Zischka

**Schriftführerin**

Frau Melanie Bihlmaier

**Verwaltung**

Herr Geschäftsführer Peter Ernst

Herr Gerhard Hackner

Herr Markus Herrmann

Herr Christian Joswig

Frau Sibylle Klaus

Herr Helmut Ott

Frau Birgit Pedoth

Herr Benedikt Stegmaier

Frau Franka Zaneke

**Gast**

Herr Stadtrat Gabriel Baum

**Abwesend:**

**FDP/FW**

Herr Stadtrat Dr. Peter Vatheuer

## Tag e s o r d n u n g

=====

- 1** Beauftragung zur Erstellung eines kommunalen Wärmeplans für Schwäbisch Gmünd
- 2** Entwicklung Tiny House Gebiete in Schwäbisch Gmünd
- 3** Aktueller Stand Ökoflächenkataster der Stadt Schwäbisch Gmünd
- 4** Vergabe der Sportplatzpflegearbeiten für die Jahre 2022 und 2023 mit Option auf Vertragsverlängerung für die Jahre 2024 und 2025
- 5** Biotopverbundplanung - Sachstand und weiteres Vorgehen
- 6** Ausblick auf künftige Vorhaben
  - Zwischenstand Dorfgemeinschaftshaus Himmelsgarten
  - "Lebenswerte Altstadt. Projekt Schmiedgassen" - Sachstand und weiteres Vorgehen
- 6.1** Zwischenstand Dorfgemeinschaftshaus Himmelsgarten
- 6.2** Lebenswerte Altstadt
- 7** Bekanntgaben
  - 7.1** Reisezentrum Bahnhof
  - 7.2** Altdeponie Laichle
- 8** Anfragen
  - 8.1** Weihnachtsessen Gemeinderat
  - 8.2** Fußverkehrscheck

Oberbürgermeister Arnold begrüßt die Mitglieder, die Presse und die Gäste recht herzlich zur öffentlichen Sitzung.

Er stellt die Beschlussfähigkeit und die ordnungsgemäße Ladung fest.

Aufgrund des inhaltlichen Zusammenhangs, soll Tagesordnungspunkt 5 in der Sitzung vorgezogen und vor Tagesordnungspunkt 4 behandelt werden.

Es liegen keine Anmerkungen zur Tagesordnung vor.

**zu 1      Beauftragung zur Erstellung eines kommunalen Wärmeplans für Schwäbisch Gmünd**  
**Vorlage: 185/2021**

**Protokoll:**

Oberbürgermeister Arnold begrüßt Frau Frick und Herrn Kazenmaier.

Herr Ernst präsentiert den Sachverhalt (siehe Anlage).

Herr Kazenmaier präsentiert die kommunale Wärmeplanung (siehe Anlage).

Stadtrat Preiß/CDU bedankt sich für den Vortrag. Bei den Bebauungsplänen sei man sich einig. Die Euphorie sei vorhanden. Man befinde sich derzeit in einer industriellen Revolution. Er beantrage, dass Gebäude in der Innenstadt auch mit PV-Anlagen ausgestattet werden dürfen, der Denkmalschutz müsse hier mitgehen. Versorgungsspeicher und Batteriespeicher würden immer besser werden. Deutschland müsse hier Vorreiter sein.

Stadtrat Miller/Bündnis 90/Die Grünen bedankt sich ebenfalls. Man habe angedeutet wie die Stadtwerke hier eingreifen können, bspw. durch das Energiemanagement, das immer wichtiger werde. Man habe ein ordentliches Gasnetz, Gas sei jedoch nicht erneuerbar. Er hoffe auf Vorschläge für ein kaltes Nahwärmenetz sowie eine Idee für Contracting sowie Tiefenbohrung in Bezug auf die Wirtschaftlichkeit. Er plädiere dafür, dass man auch über die Zwischenstufen informiert werde.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man dies abklären werde.

Stadtrat Schwab/SPD begrüßt, dass die Stadt Schwäbisch Gmünd in die kommunale Wärmeplanung einsteige, die Fraktion habe dies bei der Haushaltsberatung gefordert. Man habe auch die kommunale Kälteplanung gehabt. Er erkundigt sich, warum diese als nicht sinnvoll erachtet und nicht in Auftrag gegeben worden sei. Im Oktober 2021 habe der Landtag die Novelle des Klimaschutzgesetzes beschlossen, bis 2040 müsse Klimaneutralität im Bereich der Wärme erreicht werden. In der Vorlage sei jedoch immer von 2050 die Rede, auch der Auszug aus dem Klimaschutzgesetz sei veraltet. 2040 sei die Zielmarke auf Landesebene. Auf das Klimaschutzgesetz warte man immer noch, dieses hätte nach der Sommerpause beschlossen werden sollen. In Schwäbisch Gmünd habe man sich das Ziel 2035 gesetzt, daher müsse man die Zahlen in der Vorlage berichtigen.

Stadtrat Dr. Benk/DIE LINKE bedankt sich, dass der Landtag das Gesetz verabschiedet habe und die Stadt nun verpflichtet sei, dieses zu erstellen. Es sei sinnvoll und überfällig. Er schließe sich Stadtrat Schwab an, es sei Gesetz seit fünf Wochen. Man solle die Vorlage für den Gemeinderat kommende Woche aktualisieren. Es würden auch weitere Punkte darinstehen, die nicht passen. Der Wärmeplan sei finanziert. Es sei sinnvoll, dass man auch mit den Nachbarkommunen zusammenarbeite. Ellwangen sei auch schon weit. Man solle auch klimafreundliche Mobilitätspläne erstellen. Er erkundigt sich, ob ein entsprechender Förderantrag gestellt worden sei, da man Zuschüsse zwischen 50 und 75 Prozent erhalten könne.

Stadtrat Majohr/FDP/FW bedankt sich für den Vortrag. Bei der Klimaveränderung würden auch die Extremwetterlagen zunehmen. Er erkundigt sich, ob die Schwankungen berücksichtigt seien und die Energieversorgung der Bürger auch an sehr heißen und sehr kalten Tagen garantiert sei.

Frau Zaneck antwortet, dass es zu der Klimaanpassungsstrategie den interfraktionellen Antrag gebe, hier sei man intern in der Abstimmung, es werde Teil der Strategie. Es gebe neue Bundesfördermittel. Zu den Klimamobilitätsplänen liefern derzeit drei Studien in der Endphase. Die Ergebnisse würde man präsentieren. Man müsse gemeinsam planen wie man weitermache. Man sei interkommunal vernetzt, sowohl mit dem Landkreis als auch mit den Nachbarkommunen stehe man in Kontakt.

Oberbürgermeister Arnold sichert zu, dass man die Anpassungen in der Vorlage für die Gemeinderatssitzung vornehmen werde.

Stadtrat Schwab/SPD erkundigt sich, ob die Bestandserfassung zwar inkludiert sei, aber nicht der künftige Umgang.

Herr Kazenmaier bestätigt dies.

Oberbürgermeister Arnold fasst zusammen, dass man die angesprochenen Themen mitnehme.

Auszug  
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 11, 60, Stadtwerke  
nachrichtlich an Amt:

## zu 2 **Entwicklung Tiny House Gebiete in Schwäbisch Gmünd** **Vorlage: 196/2021**

### **Protokoll:**

Herr Hackner präsentiert den Sachverhalt (siehe Anlage).

Stadtrat Bläse/CDU bedankt sich für die Vorstellung. Es seien hochwertige Tiny-Häuser, das müsse der Ansatz sein, dass es Strukturen gebe. Ihm würde der Name Mikro-Haus besser gefallen, das höre sich hochwertiger an. Beim Tiny-Haus gehe man in die falsche Richtung, es sei ein hoher Flächenverbrauch bei wenig Wohnfläche, es müsse auf jeden Fall der Erstwohnsitz angemeldet werden. Außerdem müsse man mindestens kfw55 vorschreiben. Insgesamt sei die Vielfalt der Wohnformen toll. In Bettringen sei es kontrovers diskutiert worden, man müsse sich viele Punkte nochmals anschauen, damit man kein Eigentor schieße. Die Fraktion stehe dahinter, aber die Rahmenbedingungen müssten passen. Der Erbbau berge die Gefahr, was nach 25 Jahren passiere, außerdem solle man eine Frist zur Erstellung des Gebäudes vorschreiben, die Erschließungskosten trage der Bauherr, es solle grundsätzlich nur ein Gebäude gebaut werden und die Gebäude sollen auch so klein bleiben.

Oberbürgermeister Arnold äußert, dass man nun in die Detailplanungen einsteigen und alles aufarbeiten werde.

Stadtrat Miller/Bündnis 90/Die Grünen erläutert, dass es sowohl positive als auch negative Aspekte gebe. Positiv sei, dass es Interessenten gebe, die sich überlegen wie viel Wohnfläche man wirklich brauche. Die Wohnfläche sei im Vergleich zu Einfamilienhäusern deutlich geringer. Der Flächenverbrauch pro Person nehme zu, daher baue man immer mehr Wohnraum. Zum Thema Erbbaupacht führt er aus, dass man sich die Frage stellen müsse, ob man sich wirklich ein Grundstück kaufen müsse oder ob Wohnen nicht auch einen anderen Ansatzpunkt haben könne. 25 Jahre seien gut, da man bei dieser Zeitspanne für sich selbst denken könne, d.h. es wäre eine Generation. Wenn man eine Option zur Verlängerung gebe, sei dies ein guter Ansatzpunkt. Negativ sei der Energieverbrauch. Die Fraktion verlange einen Effizienzhausstandard von 40. Außerdem solle man eine Breitenbegrenzung in Baufeldern von 5 m vorgeben. Man könne es verdoppeln um ein zweites Modul, wenn man es benötige. Das Volumen sei ungünstig, man solle eine 2-Geschossigkeit und eine zulässige Höhe von 5,50 m vorsehen. Die Bäume sollten erhalten bleiben, ebenso sei das Gebiet in der Nähe zu einem Naturschutzgebiet, hier müsse man einen guten Übergang finden. Stellplatz sei nicht zulässig, das sei ein wichtiger Punkt. Ebenso solle man die maximal versiegelbare Fläche bestimmen.

Stadtrat Zengerle/SPD äußert, dass die Erbpacht sinnvoll sei mit der Option zur Verlängerung. Er finde es gut, dass man die Nachverdichtung mache. Er weist darauf hin, dass die Vorlagen sehr spät den Gremiumsmitgliedern zugehen.

Stadtrat Dr. Benk/DIE LINKE schließt sich der Kritik an und fordert, dass die Vorlagen zumindest am Wochenende zur Verfügung stehen, damit man ausreichend Vorbereitungszeit habe, mindestens ein Wochenende. Mit den Tiny Häusern käme die Stadt einer sehr speziellen Nachfrage nach Wohnen nach, die Lösung für bezahlbaren Wohnraum sei es nicht. Bedenklich findet er, dass man Flächen bebaue, die bislang geschützt und nicht bebaubar gewesen seien. Das sei keine sparsame Flächennutzung. Hinzu würden Flächenbedenken zukommen. Es sei ein Singlehaus mit 40 qm. Wenn schon Minihäuser, sollten und könnten diese auf Flachdächern angebracht werden. Hier gebe es bereits Ideen. Es könnte der Eindruck entstehen, dass es sich um eine Kleingartenanlage handle. Es sei bisher nicht fraktionsintern abgesprochen, er sehe die Planungen aber skeptisch.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man die Idee mitnehme und bereits dran sei, auf größeren Flachdächern Tiny Häuser anzusiedeln. Oft gehörten diese Flächen jedoch nicht der Stadt. Die aufgezeigte Möglichkeit lasse sich schneller realisieren.

Stadträtin Dr. Schwarzkopf-Streit/Freie Wähler Frauen führt aus, dass es eine lang bekannte Wohnform sei, die Nachhaltigkeit und Energetik sei in Tiny Häusern sehr viel besser als in einem großen Haus, das nur von wenigen Personen bewohnt werde. Sie hätte auch gerne eine Erhöhung der Quadratmeter-Zahl auf 60 qm sowie eine Zweigeschossigkeit. Die Häuser könnten auch breiter sein und in Modulbauweise erstellt werden. Sie bringe die Wohnform nicht mit Kindern zusammen, sie sehe es als Möglichkeit, um den Generationenwechsel zu gestalten, wenn man die Tiny Häuser in Gärten setze. Das Erbbaurecht sehe sie kritisch, wenn man mit 60 ein Tiny Haus bezieht, müsste man mit 85 einen anderen Ort suchen. Das Erbbaurecht sei nicht nachhaltig, wenn die Stadt etwas Anderes auf der Fläche plane, mache man etwas kaputt, was noch haltbar sei.

Oberbürgermeister Arnold führt aus, dass man die Option der Verlängerung bereits berücksichtigt habe.

Stadtrat Dombrowski/Die Bürgerliste bedankt sich für die Darstellung. Er erkundigt sich nach der Höhe der Erschließungskosten für die Stadt. Der Kaufpreis würde bei einer Umlegung sehr hoch sein. Die Erweiterungsmöglichkeit sehe er anders, man müsste sich Gedanken machen und man müsse nicht auf jede Welle aufspringen.

Herr Hackner führt aus, dass es kein günstiges Bauen, sondern anderes Bauen sei.

Stadtrat Majohr/FDP/FW bedankt sich. Ein Spitzdach oder eine Etagenwohnung sei erforderlich, ein Flachdach sei die schlechteste Variante. Es solle ein Single-Wohnen sein. Er findet es sehr gut, dass man die Gebiete bebaue. Er wünsche sich mehr Platz, denn die Grundstücke müssten auch von der Feuerwehr angefahren werden könne. Er begrüße es, es sei eine gute Entwicklung.

Oberbürgermeister Arnold schlägt vor, die Anregungen mitzunehmen und dann in den Planungsvorgang einzusteigen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig (1 Enthaltung) fassen die Mitglieder nachstehenden

### **Beschluss:**

Für die vorgeschlagenen Gebiete an der Schwarzwaldstraße in Schwäbisch Gmünd und dem Troppauer Weg in Bettringen wird die Verwaltung beauftragt, jeweils ein Verfahren zur Änderung des Planungsrechtes durchzuführen.

Auszug  
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 60  
nachrichtlich an Amt:

**zu 3      Aktueller Stand Ökoflächenkataster der Stadt Schwäbisch Gmünd**  
**Vorlage: 193/2021**

**Protokoll:**

Oberbürgermeister Arnold führt in den Sachverhalt ein.

Frau Klaus stellt den Sachverhalt vor (siehe Anlage).

Stadtrat Kaiser/CDU bedankt sich für den ausführlichen Vortrag. Er findet es schade, dass man es im GIS aktuell nicht sehe.

Frau Klaus antwortet, dass man an der Sache dran sei.

Stadtrat Kaiser/CDU finde es wichtig, dass man den Ökoausgleich vor Ort mache. Er bedankt sich, dass man das GIS nun auch auf dem iPad betrachten könne.

Stadtrat Miller/Bündnis 90/Die Grünen bedankt sich ebenfalls für die Vorstellung. Die Vorlage sei sehr kurz gewesen. Man habe immer gesagt, dass man einen Plan brauche. Dieser solle zeitnah nachgereicht werden. Man sehe nun immerhin, dass die Planung laufe und vorhanden sei. Es sei nicht nur wichtig, wo diese Flächen seien und welcher Kategorie diese angehören würden. Er erkundigt sich, wer die Qualitäten nach fünf bis zehn Jahren kontrolliere und ob die Mittel im Doppelhaushalt ausreichen würden.

Frau Klaus antwortet, dass ein Gesamtplan eher schwierig sei.

Oberbürgermeister Arnold schlägt vor, es im Rahmen eines Workshops durchzugehen.

Frau Klaus führt aus, dass die Mittel im Doppelhaushalt ausreichen würden. Kontrolle sei ein ämterübergreifendes Thema

Stadtrat Zengerle/SPD erkundigt sich nach der Zusammenarbeit mit dem privaten Naturschutz.

Frau Klaus antwortet, dass es dies bisher nicht gebe, man sei jedoch für Anregungen dankbar.

Herr Hackner führt aus, dass man in engem Kontakt mit dem Landratsamt sei, wenn Herr Weiher eine Fläche habe, dann sei man präsent und kaufe diese Flächen auf.

Stadtrat Dr. Benk/DIE LINKE zollt Respekt vor der großen Aufgabe. Das Ökokataster sei bisher eine Black Box gewesen. Er erkundigt sich, ob die Flächen für eine Bebauung gesperrt seien und dies auch so im Flächennutzungsplan berücksichtigt werde.

Frau Klaus antwortet, dass man dann Ersatz suchen müsse. Man benötige eine Übersicht beim Flächennutzungsplan, wo die Ausgleichsflächen seien. Außerdem benötige man eine Aussage wie viel Reserve man habe, wenn man neue Flächen ausweise. Er erkundigt sich, ob sich errechnen lasse, wie viele Ökopunkte man für ASPEN benötige.

Frau Klaus antwortet, dass es schwierig sei, Prognosen abzugeben, da es von vielen Faktoren abhängt.

Oberbürgermeister Arnold ergänzt, dass man ASPEN so plane, dass man viele Ökopunkte bereits auf der Fläche selbst schaffe.

Herr Hackner führt aus, dass man den Eingriff bewerten müsse, man habe momentan eine Landwirtschaft. Der Eingriff werde nicht so hoch sein wie wenn es eine Magerwiese wäre. Die Summe müsse ausgeglichen werden, dieser Ausgleich wolle man über den Bebauungsplan einbringen, bspw. Grünfläche, Kaltluftschneise usw. Das könne man erst machen, wenn man eine Grobkonzeption habe.

Stadtrat Dr. Benk/DIE LINKE erkundigt sich, ob man dem Kataster auch entnehmen könne, was die Flächen ursprünglich gewesen seien.

Frau Klaus antwortet, dass man dies nur dem angehängten Maßnahmenblatt entnehmen könne.

Stadträtin Dr. Schwarzkopf-Streit/Freie Wähler Frauen erkundigt sich, wer die Streuobstwiesen in Bargau pflege. Man solle es auch öffentlich wirksam kommunizieren. Der Workshop solle mittwochs stattfinden, wenn keine andere Sitzung sei, da sie gerne teilnehmen möchte und ansonsten keine Zeit habe. Es nütze doch nichts, wenn man immer weniger landwirtschaftliche Fläche habe.

Frau Klaus weist darauf hin, dass es Zielkonflikte gebe, die man versuche zu kompensieren. Man versuche den Ausgleich auf unattraktiveren Flächen herzustellen.

Stadtrat Dombrowski/Die Bürgerliste erkundigt sich was bei einer Wiesenextensivierung ablaufe und ob bei den Ökoflächen auch Flächen enthalten seien, die der Stadt noch gar nicht gehörten.

Frau Klaus antwortet, dass bei einer Extensivierung die Fläche nicht mehr so extensiv bewirtschaftet werde, bspw. man die Düngergabe reduziere oder ganz weglasse, sodass sich langfristig ein artenreicheres Spektrum einstelle. Dadurch reduziere sich auch die Anzahl der Mähgänge. Die vorgestellten Beispiele seien alle im städtischen Besitz, die Potenzialflächen seien bisher nicht komplett im städtischen Besitz.

Stadtrat Bläse/CDU versteht den direkten Zusammenhang zum Flächennutzungsplan nicht, da auch Potenzialflächen ausgewiesen werden, die nie bebaut werden würden. Dafür bräuchte man auch keine Ökopunkte. Er bittet um eine Klarstellung.

Herr Hackner führt aus, dass man in Zusammenhang mit dem Flächennutzungsplan auch einen Landschaftsplan mache, dort könne man es dann auch darstellen.

Auszug  
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 67, 60  
nachrichtlich an Amt:

**zu 4 Vergabe der Sportplatzpflegearbeiten für die Jahre 2022 und 2023 mit Option auf Vertragsverlängerung für die Jahre 2024 und 2025  
Vorlage: 190/2021**

**Protokoll:**

Herr Stegmaier stellt den Sachverhalt vor.

Stadtrat Preiß/CDU äußert, dass man es nun fremdvergebe, das habe bisher auch funktioniert. Er hoffe, dass es auch mit der neuen Firma so gut funktioniere. Seit vielen Jahren beantrage man, dass man eine Sportplatzfläche aussuche, an der ein Mähroboter eingesetzt werde als Test, ob es sich rechne. Er erkundigt sich, warum dies bisher nicht verwirklicht sei.

Frau Klaus antwortet, dass man einen Testlauf in Rechberg vorgesehen habe.

Stadtrat Preiß/CDU regt an, dies auch für weitere Flächen vorzusehen.

Oberbürgermeister Arnold betont die Wichtigkeit, dass man die Vereine mit einbeziehe.

Herr Ott führt aus, dass man die Verteilung zwischen Fremdvergabe und Eigenerbringung bereits im Jahr 2020 thematisiert und beschlossen habe.

Stadtrat Dr. Benk/DIE LINKE erkundigt sich nach der Einhaltung sozialer Mindeststandards und ob man diese auch kontrolliere.

Oberbürgermeister Arnold bejaht dies.

Auszug  
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 68  
nachrichtlich an Amt:

**zu 5 Biotopverbundplanung - Sachstand und weiteres Vorgehen**

**Protokoll:**

Frau Klaus stellt den Sachverhalt vor.

Stadtrat Kaiser/CDU ist verwundert, dass in der Landschaftsplanung die Siedlungsabstände gegenüber früher reduziert worden seien.

Herr Hackner antwortet, dass die Grünzsuren im Regionalplan definiert seien.

Auszug  
zur weiteren Bearbeitung an Amt:  
nachrichtlich an Amt: 67

**zu 6      Ausblick auf künftige Vorhaben**  
**- Zwischenstand Dorfgemeinschaftshaus Himmelsgarten**  
**- "Lebenwerte Altstadt. Projekt Schmiedgassen" - Sachstand und weiteres Vorgehen**

**zu 6.1    Zwischenstand Dorfgemeinschaftshaus Himmelsgarten**

**Protokoll:**

Oberbürgermeister Arnold führt in den Sachverhalt ein.

Herr Joswig präsentiert den Zwischenstand (siehe Anlage).

Stadtrat Kaiser/CDU erkundigt sich, ob eine Barrierefreiheit gewährleistet sei.

Herr Joswig bestätigt dies, eine Rampe sei vorhanden.

Stadtrat Bläse/CDU weist darauf hin, dass 330.000 Euro als Gesamtsumme beschlossen worden seien.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass dies auch weiterhin der Fall sei, man erhalte für die übersteigenden Kosten eine entsprechende Förderung.

Auszug  
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 65  
nachrichtlich an Amt:

**zu 6.2 Lebenswerte Altstadt****Protokoll:**

Oberbürgermeister Arnold präsentiert den Sachverhalt (siehe Anlage).

Auszug  
zur weiteren Bearbeitung an Amt:  
nachrichtlich an Amt: 2.01

**zu 7 Bekanntgaben****zu 7.1 Reisezentrum Bahnhof****Protokoll:**

Oberbürgermeister Arnold gibt bekannt, dass die Deutsche Bahn den Vertreib (Reisezentren) für Go-Ahead übernehme. Der Vertrag laufe ab dem 01.01.2022. Bedingt durch einen Umbau sei geplant, dass das Reisezentrum ab dem 17.01.2022 an den Start gehe. Die Deutsche Bahn werde aber noch über eine Pressemitteilung über die Änderungen informieren.

**zu 7.2 Altdeponie Laichle****Protokoll:**

Herr Musch und Herr Johner berichten über den aktuellen Stand (siehe Anlage).

Oberbürgermeister Arnold bedankt sich.

Auszug  
zur weiteren Bearbeitung an Amt:  
nachrichtlich an Amt: 66

## zu 8      **Anfragen**

### zu 8.1      **Weihnachtessen Gemeinderat**

#### **Protokoll:**

Stadtrat Preiß/CDU äußert, dass ihn die Diskussion um das Weihnachtessen des Gemeinderats weiterhin umtreibe. Er erkundigt sich ob die Stadt die Auffassung von Stadtrat Benk teile.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass es wie in den vergangenen Jahren gehandhabt werde, Spenden könnten auf freiwilliger Basis erfolgen.

Stadtrat Dr. Benk/DIE LINKE fühlt sich persönlich angegriffen. Er habe sich nach der Finanzierung erkundigt und nicht das Essen grundsätzlich in Frage gestellt. Er könne nicht nachvollziehen, warum er es untergraben wolle. Man könne erwarten, dass man das Essen selbst bezahle und daher spende.

Oberbürgermeister Arnold betont nochmals, dass Spenden jederzeit herzlich willkommen seien, auch für andere Projekte.

### zu 8.2      **Fußverkehrscheck**

#### **Protokoll:**

Stadtrat Kaiser/CDU erläutert, dass man im Gebiet „Um's Stöckle“ viele Verbesserungen vorgenommen habe und erkundigt sich, ob man dies beim Fußverkehrscheck auch einbeziehen könne. Außerdem solle man die Überlegungen zur Fuß- und Radwegemöglichkeit von der äußeren Klarenbergstraße und dem Strümpfelbach-Schulzentrum ebenfalls mit einbeziehen.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man dies prüfen werde.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt Oberbürgermeister Arnold die öffentliche Sitzung.

Auszug  
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 66, 30  
nachrichtlich an Amt:

Für die Richtigkeit!

Den .....  
Oberbürgermeister:

Den .....  
Stadtrat:

Den .....  
Schriftführer:

Den .....  
Stadtrat: